

**Friedensbewegt:** „Stelle Dir vor, es ist Krieg - und keiner geht hin!“ - Dieser Slogan aus den 80'ziger Jahren der Friedensbewegung könnte jetzt Wirklichkeit werden. Schon vor zwei Tagen verweigerte das britische Unterhaus ihrer politischen Führung die Gefolgschaft, gegen Syrien militärisch aktiv zu werden, um einen Vergeltungsschlag wegen der völkerrechtswidrigen (sic!) Giftgaseinsätze auf syrischem Boden führen zu können. Damit verweigerte der wichtigste militärische Koalitionspartner der USA von der UNO ungedeckte Militäreinsätze durchzuführen. Dies ist ein Fortschritt gegenüber den Szenarien zu Beginn des zweiten Golfkrieges. Verweigerte die Bundesrepublik Deutschland unter Kanzler Gerhard Schröder damals noch kategorisch jedwede Beteiligung der Bundeswehr an einer militärischen Intervention in den Irak, wenn der Einsatz nicht zuvor von der UNO gebilligt würde, so gilt gleiches Recht auch heute: Ohne UN- oder zumindest nicht ohne NATO-Mandate keine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen.

Ganz offensichtlich hat nun auch der amerikanische Präsident Barak Obama sich Gedanken gemacht und nachgedacht. Einen Alleingang will er jetzt – zwar nur aus innenpolitischen Gründen – auch nicht mehr wagen. Immerhin soll der Senat demokratisch darüber abstimmen, ob ein amerikanischer Vergeltungsschlag gegen Syrien durchgeführt werden solle, der dann von der Uno aber immer noch nicht gebilligt wäre. Obama selbst will anscheinend eine international koordinierte Abstimmung, um einen gemeinsamen Militärschlag durchführen zu können, auch wenn er betont, er hätte auch das (amerikanische) Recht zu einem Alleingang der US-Truppen, bei einer alleinigen Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, der er zur Zeit ist.

Bei klarem Verstande wird man aber feststellen müssen: Dies ist die Stunde der UNO! Denn hier liegt das eigentliche Problem (- unabhängig vom Kriegsverbrechen der syrisch Verantwortlichen für den Giftgaseinsatz in diesem Fall!). Die Vetomächte in der UNO müssen politisch eingeschränkt werden! Es muss unabhängig vom „Ansehen der Person“ also unabhängig vom vermeintlichen Macht-Status eines Landes „Gleiches Recht für Alle“ gelten, besonders wenn es um Sanktionen geht, die militärische Vergehen international sanktionieren bzw. ächten sollen – damit Friede sei!

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag muss also auch diesen Fall untersuchen und ggf. zur Anklage bringen. - Dabei muss allerdings auch klargelegt werden, dass Staaten – besonders auch westlich verbündete Staaten (sic!) - , die die Statuten des Internationalen Gerichtshofs bisher nicht ratifiziert haben, moralisch und politisch unter besonderen Druck gesetzt werden müssen, dies nachzuholen, um „gemeinsam“ Schlagfertig sein zu können gegen jedwede „Feinde der offenen Gesellschaft“, wie es bei Sir Carl Popper treffend heißt. Nicht nur Kriegsverbrechen sind Menschenrechtsverbrechen! Das weiß jede Friedensbewegung international, weltweit und global!

Vor allem die Forderungen des weltweiten „Red-Hand-Days“ müssen unverzüglich global durchgesetzt und lokal umgesetzt werden (vgl. weiter unten auf dieser Homepage)!